



Immer wieder die Griechen!

Meschede, März/April 2015

Sehr geehrte Damen und Herren,

Die internationale Finanzwelt, insbesondere die Europäische Union (EU) und die Europäische Zentralbank (EZB) müssen sich erneut mit der finanziellen Misere Griechenlands befassen. Und vordergründig scheint es gelungen, die drohende Katastrophe eines griechischen Staatsbankrotts erst einmal zu vermeiden, indem man sich auf eine Verlängerung des bestehenden Hilfsprogramms um vier Monate bis Ende Juni 2015 verständigt hat. Doch was ist damit wirklich gewonnen?

In Griechenland ist eine Mehrheit der Bevölkerung der Überzeugung, der wirtschaftliche Niedergang der letzten Jahre sei vorrangig eine Folge der aufgezwungenen Austeritätspolitik. Völlig verdrängt wird die Tatsache, dass das Land zuvor durch viele schuldenfinanzierte Boomjahre gegangen ist, in denen die Griechen schlichtweg über ihre Verhältnisse gelebt haben. Aus diesem verdrehten Unschuldsgefühl heraus haben die Griechen dann eine Regierungspartei gewählt, die ihnen versprochen hat, die ungeliebte Sparpolitik zu beenden.

Alexis Tsipras und sein Finanzminister haben auf ihren ersten Reisen durch Europa verbal zunächst ziemlich herumgerümpelt, sind letztlich aber vor der geschlossenen Front der übrigen europäischen Finanzminister inhaltlich eingeknickt und mussten sich deren Bedingungen für die beantragte Fortsetzung des bestehenden Hilfsprogramms beugen. Wenn man genau hinschaut, haben damit aber alle Beteiligten nur "Zeit gekauft".

Denn das erzwungenermaßen selbst auferlegte und von den europäischen Partnern akzeptierte Reformprogramm Griechenlands besteht aus wachsweißen Formulierungen und vermeidet konkrete Festlegungen. Zum Beispiel ist der zunächst avisierte Primärüberschuss des Staatshaushalts (Überschuss vor Zinsausgaben) von 3,0 % in diesem und 4,5 % im nächsten Jahr nicht mehr enthalten. Was also zunächst aussieht wie ein Sieg der ökonomischen Vernunft über politischen Populismus, wird so wohl nicht gelebt werden. Daher werden uns die in der Substanz nicht gelösten Probleme des Landes spätestens im Juli wieder vor die Füße fallen, wenn das aktuelle Hilfsprogramm ausgelaufen ist und Griechenland zwei milliardenschwere Anleihen zurückzahlen muss.

Je länger die ökonomische Misere andauert, wird immer deutlicher, dass Griechenland seinerzeit gar nicht in die EURO-Gemeinschaft hätte aufgenommen werden dürfen, weil es in seinen wirtschaftlichen Strukturen dafür einfach nicht reif war. Wir wissen heute, dass damals mit geschönten oder gefälschten Zahlen gearbeitet worden ist. Und beim kritischen Blick auf diese Zahlen hat sich die Bundesrepublik Deutschland, die seinerzeit Prüfungsverantwortung übernommen hat, nicht gerade mit Ruhm bekleckert. Offenbar war damals die Vorstellung vorrangig, dass man das Land, das gerne als die Wiege der Demokratie in Europa bezeichnet wird, unbedingt "dabei haben" wollte. Wie dem auch sei, insofern kann die Geschichte ohnehin nicht zurück gedreht werden.

Was aber bleibt, ist die Frage, wie denn die finanziellen Probleme, die Griechenland mit sich selbst hat und die wir mit Griechenland haben, jemals wirklich gelöst werden können. Wie kann man kleinen und wirtschaftlich schwachen Ländern der EURO-Zone (z. B. Slowenien) beibringen, dass sie sich an finanziellen Rettungsaktionen für ein Land beteiligen sollen, das sich vehement gegen wirtschaftliche Auflagen und Kontrollen sträubt? Wie wirkt das Selbstverständnis Griechenlands auf andere Problemstaaten, die im Gegenzug für finanzielle Unterstützung ebenfalls den Gürtel enger schnallen mussten und das teilweise bereits erfolgreich getan haben (z. B. Irland, Spanien und Portugal)? Wird Griechenland jemals in der Lage sein, seinen ständig größer werdenden Schuldenberg wirklich abzutragen oder wird es - trotz gegenteiliger Beteuerungen - irgendwann doch zu einem weiteren Schuldenschnitt kommen müssen? Kann man eine Schuldenkrise überhaupt durch immer neue Kreditgewährungen lösen?

Ich könnte noch eine Reihe weiterer kritischer Fragen stellen. Und im Blick auf die Gesamtproblematik neige ich zu der Überzeugung, dass ein Ende mit Schrecken wohl besser wäre als ein Schrecken ohne Ende. Will heißen: Griechenland sollte aus dem EURO austreten und - zumindest für eine gewisse Zeit - zur Drachme zurückkehren. Die organisatorischen Details eines solchen Schritts sind unter Wirtschaftswissenschaftlern längst diskutiert. Im Schutze der anschließend sicherlich abwertenden Landeswährung könnte Griechenland seine internationale Wettbewerbsfähigkeit zurückgewinnen und langfristig an einer Reform seiner ineffektiven Strukturen arbeiten. Leider gibt es noch kein als Blaupause verfügbares Regelwerk für einen Staatsbankrott in der EU. Dann muss es eben auch ohne gehen.

Um Alexis Tsipras und seiner Mannschaft nicht Unrecht zu tun, muss darauf hingewiesen werden, dass Griechenland seit vielen Jahren von einer politischen Kaste (egal welche Partei jeweils am Ruder war) regiert worden ist, die sich nie um ein funktionierendes Steuersystem gekümmert hat, nicht nur aus deutscher Sicht ein unverantwortliches Versäumnis! Wenn die neue Regierung das jetzt ernsthaft und glaubwürdig angeht, hat sie die realistische Chance einer Haushaltssanierung auf lange Sicht, zumal im vorstehend beschriebenen Szenario wieder gewonnener Selbstverantwortung. Ob das wohl gut geht?

Mit zweifelnden Grüßen Ihr

Wenn Sie Interesse am Nachlesen der bisher erschienenen Kolumnen haben, finden Sie diese auf unserer Homepage www.dr-rieden.de